

Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit Entscheidungen im Rahmen der Allgemeinen Kommunalaufsicht über Gemeinden und Gemeindeverbände werden bei Ihnen personenbezogene Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise.

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Bezirksregierung Düsseldorf

Cecilienallee 2

40474 Düsseldorf

Telefon 0211 475-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brd.nrw.de

Internet-Adresse: <http://www.brd.nrw.de>

2. Angaben zum Vertreter des Verantwortlichen

Den oben genannten Verantwortlichen vertritt:

Der Regierungspräsident

Cecilienallee 2

40474 Düsseldorf

Telefon 0211 475-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brd.nrw.de

3. Angaben zum/zur Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten lauten:

Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r der Bezirksregierung Düsseldorf

Cecilienallee 2

40474 Düsseldorf

Telefon 0211 475-0

E-Mail-Adresse: datenschutz@brd.nrw.de

4. Angaben zu der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Landesbeauftragte für

Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen:

Kavalleriestr. 2-4

40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/38424-0

Telefax: 0211/38424-10

E-Mail-Adresse: poststelle@ldi.nrw.de

Internet-Adresse: www.ldi.nrw.de

5. Zweck/e und Rechtsgrundlage/n der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, um Entscheidungen im Rahmen der Allgemeinen Kommunalaufsicht vorzubereiten bzw. umzusetzen bzw. Anfragen, Eingaben, Beschwerden, Petitionen oder Auskunftersuchen nach dem Informationsfreiheitsgesetz im Bereich der Kommunalaufsicht bearbeiten zu können. Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten sind:

- Art. 17 GG (für Beschwerden und Petitionen)
- §§ 119, 120 GO NRW ggf. i. V. m. § 57 KrO NRW bzw. § 29 GKG NRW (für Anfragen, Eingaben, Beschwerden und Petitionen)
- § 2 Gesetz über die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten

- § 4 IFG NRW für Auskunftersuchen nach dem Informationsfreiheitsgesetz

6. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Folgende personenbezogene Daten von Ihnen werden durch das Dezernat 31 der Bezirksregierung Düsseldorf verarbeitet:

- Stammdaten wie z. B. Nachname, Name, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse
- ggf. Parteizugehörigkeit und / oder Zugehörigkeit zu kommunalen Vertretungen und/oder Gremien
- ggf. Dokumentationsdaten (z. B. Beratungsprotokolle, Verträge), Registerdaten
- ggf. sonstige Daten, die sich aus dem zugrundeliegenden Sachverhalt ergeben bzw. sich darauf beziehen
- ggf. Gesundheitsdaten
- ggf. Kontoverbindungen

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 5. bereits dargestellt ist)

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung weitergegeben an die innerhalb der Behörde für die Aufgabenwahrnehmung zuständigen Mitarbeiter*innen. Informationen über Sie werden nur weitergegeben, wenn dies aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung der Aufsichtsbehörde geschieht oder Sie eingewilligt haben. Außerdem können Informationen über Sie, die Sie im Zuge einer Eingabe, Beschwerde, Petition oder eines Auskunftersuchens nach dem Informationsfreiheitsgesetz selbst vorgelegt haben, weitergegeben werden, wenn dies zur Klärung und Beantwortung Ihres Anliegens erforderlich oder förderlich ist.

Insoweit können Ihre Daten auch an andere Behörden (z. B. Kommunen, das für Kommunales zuständige Ministerium) weitergegeben werden.

8. Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation

Es ist nicht beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

9. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Alle behördlichen Aufzeichnungen unterliegen einer Aufbewahrungspflicht. Die Aufbewahrungsfrist richtet sich nach Ziffer 9.1 i. V. m. Ziffer 7 der Anlage 1 der Aktenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW und beträgt somit grundsätzlich bis zu 30 Jahre. Sie beginnt i. d. R. mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Bearbeitung des Vorgangs vollständig abgeschlossen wurde. Nach Ablauf der Aufbewahrungs- und Speicherfristen werden die Akten dem Landesarchiv NRW angeboten.

Im Falle der Nichtübernahme werden Ihre Daten gelöscht.

10. Rechte der Betroffenen

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Unter den Voraussetzungen des Art. 7 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerruf der Einwilligung.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 15 DSGVO haben Sie ein Auskunftsrecht.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 16 DSGVO haben Sie ein Recht auf Berichtigung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO haben Sie ein Recht auf Löschung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO haben Sie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO haben Sie ein Recht auf Übertragung der Daten.

- Unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerspruch.

11. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 4. dieses Bogens.

12. Widerspruchsrecht bei Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe

Sie haben das Recht, aus Gründen die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Ich werde Ihre Daten allerdings dennoch verarbeiten, wenn ich zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.